

Frankfurt, den 20.09.2023

## Hessenwahl 2023: 14 Fragen und Antworten zu Kinderrechten

Im Vorfeld der Hessischen Landtagswahl 2023 am 8. Oktober hat die UNICEF-Arbeitsgruppe Frankfurt alle Spitzenkandidat\*innen rund um das Thema Kinderrechte befragt. Das Ziel des entstandenen Fragen-Antworten-Katalogs ist es möglichst viele Wähler\*innen vorab zu informieren, um sicher zu stellen, dass das Thema Kinderrechte in den Prozess der Wahlentscheidung einbezogen wird.

In Hessen leben über eine Million Kinder und Jugendliche – rund jedes vierte Kind ist arm. Die Beseitigung der Kinderarmut und die Umsetzung der Kinderrechte in ganz Hessen ist für die UNICEF-Arbeitsgruppe (AG) Frankfurt daher ein zentrales Anliegen.

Aus diesem Grund hat die AG eine Umfrage unter den wichtigsten Kandidatinnen und Kandidaten der verschiedenen Parteien des hessischen Landtags durchgeführt. „Wir möchten alle Wählerinnen und Wähler gezielt über die jeweiligen Pläne und Ideen für eine bessere Umsetzung von Kinder- und Jugendrechten informieren. Nur so können sie es in ihren Entscheidungsprozess integrieren“, so Regina Maria Schneider, Leitung der UNICEF-AG Frankfurt.

Bildung, Armut, Schutz vor sexueller Gewalt, Beteiligung, Mitbestimmung und Klimaschutz sind die Eckthemen der Umfrage. Diese beinhalten folgenden Punkte:

- *die Infrastruktur und Qualität der Bildung insbesondere in Schule und Vorschule*
- *soziale Teilhabe und Mitsprache in denjenigen landespolitischen Fragen, die Kinder und deren Belange betreffen*
- *Chancengleichheit für Mädchen und Jungen, vor allem aus benachteiligten Familien*
- *Maßnahmen zum Schutz von Kindern vor Gewalt – insbesondere sexueller Gewalt*
- *Maßnahmen zur Mitigation der Folgen des Klimawandels*
- *Finanzmittel und Investitionen, die eine verantwortungsvolle Politik in Hessen für die Belange und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den kommenden Jahren bereitstellen wird.*

Alle angefragten Parteien haben sich entweder im direkten Gespräch oder schriftlich geäußert und sich beim Thema Kinderrechte positioniert. Insgesamt haben dabei alle befragten Parteien dem Thema Kinderrechte einen großen Stellenwert eingeräumt.

Hessen hat dahingehend bereits Fortschritte gemacht: Seit dem 28. Oktober 2018 sind Kinderrechte in der Landesverfassung verankert. Zudem ist Hessen das erste Bundesland mit einer Beauftragten für Kinder- und Jugendrechte im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. „Die UNICEF-AG Frankfurt begrüßt die Schaffung dieser Position ausdrücklich. Hierdurch wird die Bedeutung der Kinderrechte in einem besonderen Maße herausgestellt“, sagte Regina Maria Schneider. „Um die Situation von Kindern und Jugendlichen vor allem aus vulnerablen Verhältnissen grundlegend zu verbessern, bedarf es einer nachhaltigen Stärkung der Kinderrechte auf kommunaler und institutioneller Ebene sowie in der Landespolitik.“

Für die UNICEF-AG Frankfurt stellen die Gespräche, die im Rahmen der Befragung geführt wurden, den Beginn eines kontinuierlichen Dialogs mit der zukünftigen Landesregierung über die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen dar.

Die vollständigen Antworten der Parteien können auf unserer Homepage (<https://www.unicef.de/mitmachen/ehrenamtlich-aktiv/-/arbeitsgruppe-frankfurt-main>) eingesehen werden. Wir laden alle herzlich ein, sich mit den einzelnen Positionen bekannt zu machen!

### Pressekontakt:

UNICEF-AG Frankfurt, Leitung, Regina Maria Schneider, Telefon 069/4800786, [info@frankfurt.main.unicef.de](mailto:info@frankfurt.main.unicef.de)